Religionsfreiheit stark eingeschränkt

Kirgistan: Viele Kirchen könnten geschlossen werden

Kirgistan
Quelle: Unsplash/ Collab Media

Ein neues Gesetz, das am 1. Februar in Kraft getreten ist, könnte dazu führen, dass viele Kirchen im zentralasiatischen Land geschlossen werden. Das Land erlebt im Moment eine starke Verschlechterung der Lage von Christen.

«Die ehemalige Sowjetrepublik Kirgistan beharrt hartnäckig auf ihrer Absicht, die Religionsfreiheit weiter einzuschränken», berichtet Open Doors. Ein erstes neues Religionsgesetz war im Oktober 2023 vom Parlament abgelehnt worden. Also kam die Regierung mit einem noch restriktiveren Entwurf zurück, der am 26. Dezember 2024 vom Parlament verabschiedet wurde (Livenet berichtete). Am 22. Januar 2025 wurde es vom Präsidenten unterzeichnet, und am 1. Februar trat es nun in Kraft.

Kirchen mit weniger als 500 Mitgliedern werden illegal

Nach dem neuen Religionsgesetz müssen alle religiösen Gemeinschaften im Land bei den Behörden registriert werden, um eine Zulassung zu erhalten, die alle fünf Jahre erneuert werden muss. Für diese Zulassung müssen sie Unterschriften von mindestens 500 erwachsenen Mitgliedern vorlegen. Bisher lag diese diskriminierende Grenze bei 200 Mitgliedern. Damit ist kleineren Gemeinschaften – und das ist die grosse Mehrzahl der Gemeinden – die legale Existenz unmöglich. Denn in Kirgistan ist es fast unmöglich, so viele Unterschriften zu sammeln, berichtet Open Doors. Christen möchten anonym bleiben, weil sie befürchten, dass ihre Privatsphäre von den Behörden verletzt wird, z. B. durch Abhören.

Kirchen, die sich nicht auf diese Art registrieren können, verlieren das Recht zu predigen und Erwachsene oder Kinder zu unterrichten. Auch das Teilen von Glaubensüberzeugungen an öffentlichen Orten und von Tür zu Tür ist verboten. Ein kirgisischer Protestant machte es klar: «Ich befürchte, dass viele Gemeinden geschlossen werden.»

Stärkste Verschlechterung der Lage von Christen

In mehreren zentralasiatischen Ländern werden die bürgerlichen Freiheiten durch autokratische Regierungen bedroht, doch in Kirgistan hat sich die Lage im letzten Jahr am stärksten verschlechtert. Seine Punktzahl im Open Doors-Weltverfolgungsindex stieg um 7,5 Punkte, das Land stieg um 14 Ränge auf Platz 47 und kehrte damit zum ersten Mal seit 2013 in die Top 50 zurück. Dies ist die stärkste Verschlechterung der Situation eines Landes in diesem Jahr.

«Bevor der derzeitige Präsident Sadyr Japarow im Januar 2021 an die Macht kam, war Kirgistan als das am wenigsten autoritäre Land in Zentralasien bekannt», stellt Rolf Zeegers, Analyst von World Watch Research, der Forschungsabteilung von Open Doors, fest. «Seitdem hat das Land einen starken Anstieg der Gewalt gegen Kirchen erlebt, beispielsweise durch Steinwürfe oder das Eindringen gewaltbereiter Gruppen in Gotteshäuser.»

Besondere Diskriminierung von Christen muslimischer Herkunft

86 Prozent der Bevölkerung Kirgistans sind Muslime. Zum Druck von Seiten der Regierung kommt noch die spezifische Diskriminierung von ehemaligen Muslimen, die Christen geworden sind, durch ihre Familien hinzu. Jan de Vries, Forschungsbeauftragter für Zentralasien bei World Watch Research, erklärte: «Was am häufigsten vorkommt, ist, dass muslimische Frauen, die Christinnen werden, ins Visier genommen werden. Es gibt mehrere Beispiele von Frauen, die zum Christentum konvertiert sind und von ihren Ehemännern geschlagen und bedroht werden. In mehreren Fällen wurden sie mit ihren Kindern aus ihren Häusern vertrieben. Unverheirateten Frauen wurde ebenfalls gedroht, nicht mehr Teil der Familie und der Gesellschaft zu sein, wenn sie ihren neuen Glauben an Jesus nicht aufgeben.»

Der Untergrund als Fluchtweg

Im Allgemeinen versammeln sich Christen mit muslimischem Hintergrund in kleinen Hauskirchen. Sie möchten sich nicht registrieren lassen, weil sie nicht wollen, dass die Regierung von ihnen erfährt. «Wir sehen also, dass es vermehrt eine Bewegung von ehemaligen Muslimen in den Untergrund geben wird, weil sie Angst davor haben, von ihren muslimischen Familien, der muslimischen Gesellschaft, aber auch von der Regierung verfolgt zu werden», schliesst Jan de Vries.

Zum Thema:
Kommt neues Religionsgesetz?: Kirgistan: Massiver Druck auf Christen droht
Weltverfolgungsindex 2025: Christen im Visier autokratischer Regierungen und Extremisten
Diskriminiert in Kirgistan: Keine Beerdigung für Christen

Datum: 07.02.2025
Autor: Reinhold Scharnowski
Quelle: Livenet / Open Doors / akref.ead.de

Tags
Christen in der Gesellschaft
Asien
Verfolgung